

Übersichten

Außenpolitik

*(1) Außenminister Qian zu "feindlichen Kräften"

Während einer Pressekonferenz Ende März 1990 in Beijing wurde Chinas Außenminister Qian Qichen von westlichen Reportern nach einer Definition des Begriffs "feindliche ausländische Kräfte" gefragt. Laut Qian bezieht sich der Begriff auf die "Kräfte, die Chinas sozialistisches System hassen und Anstrengungen unternehmen, China durch Druck zu beugen, und die sich in Chinas innere Angelegenheiten einmischen". Auf weiteres Nachfragen, bei wem es sich um diese Kräfte handle, meinte Qian, es gebe Leute, "die Chinas sozialistisches System nicht lieben. Das ist verständlich, weil Meinungen immer voneinander abweichen, und es macht nichts, ob sie es lieben oder nicht." Aber es sei etwas anderes, wenn politischer Druck ausgeübt werde und wirtschaftliche Sanktionen verhängt werden, um "China zur Kapitulation zu bringen und sein System zu ändern". Die westlichen Länder hätten die Sanktionen nur ein oder zwei Tage nach dem 4. Juni letzten Jahres verhängt. "Ihre Entscheidungen konnten nur auf einseitigen oder falschen Berichten beruhen. Sie hatten kaum Informationen, auf die sie sich stützen konnten. Es war leicht, Sanktionen zu verhängen, aber schwierig, sie wieder aufzuheben." Auf die Frage, was unter dem Begriff "friedliche Evolution" zu verstehen sei, meinte Qian, dieser Begriff sei nicht von China erfunden worden, sondern von Dean Dulles. Der ehemalige US-Staatssekretär habe geglaubt, man könne "die Richtung der chinesischen Revolution verändern", indem man sich auf die folgenden Generationen stütze. Dies sei der Inhalt der sog. "friedlichen Evolution". Demgegenüber bleibe festzuhalten, daß "die chinesische Revolution bis zum Ende

durchgeführt wird und daß Chinas sozialistischer Aufbau sein Ziel erreichen wird. Deshalb müssen wir uns gegen die friedliche Evolution schützen." (XNA, 29.3.90) -ma-

*(2) Asiatische Spiele

Das Organisationskomitee für die XI. Asiatischen Spiele, die im September 1990 in Beijing stattfinden sollen, geht davon aus, daß die Betreuung der Athleten, Offiziellen und Touristen vorbildlich sein werde. "Die kommenden Spiele werden das erste große internationale Sportereignis sein, das jemals in China stattfand. Es ist eine Ehre für das Land und für Beijing." Insgesamt werden 420.000 Unterkünfte zur Verfügung stehen, von denen "240.000 geeignet sind, ausländische Gäste aufzunehmen". Für den Bereich Telekommunikation sollen 8.000 Telefone "besonders installiert" werden. Für Auslandsgespräche werden 6-8 Satellitenkanäle bereitstehen. "Die Wettkämpfe in den 12 getrennten Sportstätten können live in alle Teile der Welt übertragen werden." Das Komitee geht davon aus, daß "die Zahl der Athleten, Trainer, Offiziellen und Journalisten aus ganz Asien 10.000 übertreffen wird". Zusätzlich erwartet man rd. 100.000 ausländische Besucher während der Spiele. (XNA, 31.3.90) -ma-

*(3) Li Pengs Besuch in der UdSSR

Ende April wird Chinas Ministerpräsident Li Peng die Sowjetunion besuchen. Das genaue Datum sei jedoch noch nicht festgelegt. Inhalt der Besuchsgespräche soll neben einer Vereinbarung über die Reduzierung von Streitkräften entlang der gemeinsamen Grenze vor allem die Diskussion eines Programms zur Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten sein. Von chinesischer Seite wird betont, daß die

"Aussichten für die sino-sowjetischen Beziehungen gut sind und daß die Situation entlang der Grenze stabil ist". Zu den Ereignissen innerhalb der Sowjetunion wolle die chinesische Führung nicht voreilig Stellung nehmen, zumal "es sich um die inneren Angelegenheiten des Volkes dort" handle. Lis Besuch wird als Gegenbesuch zu Gorbatschows Aufenthalt in China im Mai letzten Jahres gewertet. (SWB, 29.3.90; XNA, 29.3.90) -ma-

*(4) Glückwunsch zur Wahl Gorbatschows

Anlässlich der Wahl Gorbatschows zum Staatspräsidenten der Sowjetunion sandte Yang Shangkun als Präsident der Volksrepublik China offiziell eine Grußbotschaft, in der dem Wunsch Ausdruck verliehen wird, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu vertiefen. "China und die Sowjetunion sind benachbarte sozialistische Länder. Es liegt im fundamentalen Interesse der Völker der beiden Länder, und es ist vorteilhaft für den Frieden und die Stabilität Asiens und der ganzen Welt, die gutnachbarlichen Beziehungen der Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu entwickeln." Weiter wird in der Botschaft auf Gorbatschows Besuch in China im Mai 1989 Bezug genommen. "Ich hoffe, daß unsere beiden Seiten die Beziehungen zwischen den beiden Nationen weiterentwickeln werden im Geiste der Übereinstimmung und des gemeinsamen chinesisch-sowjetischen Kommuniqués, das während des chinesisch-sowjetischen Gipfeltreffens im letzten Mai erstellt wurde." (XNA, 18.3.90) -ma-

*(5) "EG besorgt über deutsche Wiedervereinigung"

Der Tenor der chinesischen Berichterstattung zu den Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa, insbesondere in Deutschland, wird von den "Ängsten der Westeuropäer" bestimmt. In verschiedenen Berichten wird auf diese Stimmung vorrangig Bezug genommen. "Vor nicht langer Zeit waren viele politische Persönlichkeiten im Westen wegen der turbulenten Veränderungen in Osteuropa so erfreut, daß sie behaupteten, die Situation dort berge

große Hoffnungen. Im Verlaufe der weiteren Entwicklung wurden sie jedoch von einem gemischten Gefühl der Freude und Furcht überwältigt und fanden es schwierig vorherzusagen, wohin das alles führen wird. Jetzt, da das Nachkriegsmuster eines geteilten Europas und eines geteilten Deutschlands ernsthaft erschüttert ist und die Vorherrschaft der beiden Supermächte nach und nach einer sich herausbildenden multipolaren Welt den Weg frei macht..., kommt die Furcht auf, daß die Wiedervereinigung den europäischen Integrationsprozeß und die wirtschaftlichen Interessen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschafts-Mitglieder ernsthaft beeinträchtigen" könne. "Äußerlich wünschen alle Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein vereintes Deutschland und behaupten, daß das unaufhaltsam sei, aber in Wirklichkeit sind sie darüber besorgt, und einige zeigten tiefe Unruhe. Wegen unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Interessen weichen ihre Haltungen und Ansichten zu dieser Frage weit voneinander ab... Einige Länder fürchten, daß ein wiedervereinigtes Deutschland nicht mehr kontrollierbar ist. In der westlichen Presse heißt es, ein vereintes Deutschland mit einer Bevölkerung von 80 Millionen wird Europa beherrschen, und die Position Frankreichs und der Vereinigten Staaten wird geschwächt werden." Von chinesischer Seite selbst heißt es zur Frage der deutschen Einheit unverbindlich, man verfolge die Entwicklungen sehr aufmerksam. "Die deutsche Frage ist ein komplizierter Vorgang, der aus dem Zweiten Weltkrieg herrührt. Die deutsche Einheit wird einen großen Einfluß auf die Situation in Europa und selbst in der Welt als Ganzes haben. Es ist deshalb nur natürlich, daß alle Länder, die entweder in Europa oder in anderen Teilen der Welt betroffen sind, sich über diese Situation Gedanken machen. Auch China verfolgt die Entwicklungen sorgfältig." (XNA, 2. und 16.3.90) -ma-

*(6)

Beziehungen zu den USA

Nach Aussagen des chinesischen Außenministers Qian Qichen habe "China immer viel Wert auf seine Beziehungen mit den Vereinigten Staaten gelegt". Man erhoffe sich von chinesischer Seite, daß die Beziehungen "auf

einen normalen Weg zurückgebracht werden können. "Wir anerkennen ähnliche Bemerkungen, die Präsident George Bush gemacht hat." Zur heiklen Frage des Schutzes für den Dissidenten Fang Lizhi, der sich in der amerikanischen Botschaft in Beijing aufhält, hieß es von seiten des chinesischen Außenministeriums, die ersten Schritte zur Lösung dieses Punktes müßten von amerikanischer Seite ausgehen, "da die US-Botschaft in Beijing das internationale Recht verletzt hat, indem sie Fang illegal Unterkunft gewährte". Der einzige Ausweg für Fang und Leute seiner Art liege darin, "sich zu bessern und ihre Schuld so schnell wie möglich zuzugeben". Wichtiger als diese Einzelfrage sei ein Vorstoß einiger Leute im US-Kongreß, "den Meistbegünstigungsstatus Chinas abzuschaffen". Ein solches Vorgehen würde "die Handelsbeziehungen zwischen beiden Seiten ernsthaft beeinträchtigen und zu einem großen Rückschritt der bilateralen Beziehungen führen". Weder die chinesische Regierung noch die US-Regierung "wünschen, daß solche Dinge geschehen". Man erhoffe sich von chinesischer Seite, daß die amerikanische Regierung "in dieser Angelegenheit eine weise Entscheidung trifft und nichts unternommen wird, was die Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten schädigt". Zwar gebe es nach wie vor starke Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ländern, aber "die beiden Seiten können herausfinden, wo ihr gemeinsames Interesse trotz dieser Unterschiede liegt".

Auch Ministerpräsident Li Peng betonte in Gesprächen mit Vertretern des U.S. National Committee on U.S.-China Relations Ende Februar 1990, daß es zu konstruktiven Beziehungen zwischen beiden Ländern keine sinnvolle Alternative gebe. "Deshalb werden die Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen beiden Ländern überwunden werden. Die Zukunftsaussichten sind hell." Die Basis dieser Beziehungen müssen jedoch die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz sein, "die in den drei chinesisch-amerikanischen Kommuniqués festgeschrieben" sind. (SWB, 3.3.90; XNA, 29.3.90) -ma-

*(7)

Nahostreise Qian Qichens

Anfang März besuchte Chinas Außenminister Qian Qichen verschiedene Staaten im Nahen Osten. Von besonderer Bedeutung dürfte der Aufenthalt

im Irak gewesen sein, wo China erneut seine proarabische Position und seine ablehnende Haltung gegenüber der Politik Israels betonte. Von irakischer Seite wurde die Hoffnung geäußert, daß "China in seiner Eigenschaft als eines der fünf permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrats eine größere Rolle in internationalen Angelegenheiten spielen werde, insbesondere hinsichtlich des Nahost-Problems".

Neben dem Irak besuchte Qian noch weitere vier Länder. In den beiden jemenitischen Staaten ging es vor allem um die bilateralen Beziehungen. Insbesondere der arabische Jemen ist eines der wichtigen Empfängerländer chinesischer Wirtschaftshilfe. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern wurden bereits während der frühen fünfziger Jahre aufgenommen. Auch im sog. Demokratischen Jemen standen die Möglichkeiten erweiterter Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund. In Aden erhofft man sich die Aufrechterhaltung weiterer Vorzugshilfe von chinesischer Seite. Letztere habe "eine bedeutende Rolle in der wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Entwicklung des Landes gespielt". Das zeitlich vorletzte Besuchsland war Qatar, das erst im Juli 1988 diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufgenommen hat. Bei den Gesprächen standen deswegen weniger die bilateralen Beziehungen als sog. "neue internationale Veränderungen" im Mittelpunkt. Letztes Besuchsland war Bahrain, dessen Führung "ihre Bereitschaft ausdrückte, die Zusammenarbeit und den Austausch mit China auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, technologischem und sportlichem Gebiet zu erhöhen". (XNA, 3., 6., 8., 15. und 20.3.90) -ma-

*(8)

UN-Aktionen gegen israelische Siedlungspolitik gefordert

Ende März 1990 forderte die Volksrepublik China den UN-Sicherheitsrat auf, "eindeutige Schritte zu unternehmen, um die illegale israelische Ansiedlung in den besetzten arabischen Territorien zu beenden". Eine konsequente Haltung sei notwendig, um "die legitimen Rechte und Interessen des palästinensischen Volkes zu wahren und eine weitere Verschlechterung der Situation im Nahen Osten zu verhindern". Insbesondere müsse verhindert werden, daß die israelische Regierung

eine zunehmende Zahl von Neueinwanderern aus anderen Ländern in den besetzten Gebieten ansiedle. Dadurch werde eine bereits gespannte Situation weiter erschwert, weil "neue Hürden für den Friedensprozeß im Nahen Osten errichtet" werden. Chinas UN-Botschafter Li Luye forderte die israelische Regierung auf, "sich dem geschichtlichen Trend anzupassen, die falsche Nahost-Politik aufzugeben und Flexibilität zu demonstrieren, um eine rasche Lösung der Nahost-Frage zu erleichtern". (XNA, 28.3.90) -ma-

* (9) Unabhängigkeit Namibias

Die Volksrepublik China hat die im März 1990 in die Unabhängigkeit entlassene Republik Namibia offiziell anerkannt. Ministerpräsident Li Peng teilte dem neuen namibischen Ministerpräsidenten mit: "Ich möchte im Namen der chinesischen Regierung und des chinesischen Volkes unsere herzlichen Glückwünsche an die namibische Regierung und das namibische Volk ausdrücken. Ich informiere Eure Exzellenz hiermit offiziell, daß die Regierung der Volksrepublik China sich entschlossen hat, die Republik Namibia anzuerkennen. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk haben immer den gerechten Kampf des namibischen Volkes unterstützt und empfinden herzliche Freude über Namibias großen historischen Sieg bei der Gewinnung der Unabhängigkeit." Auch die Kommunistische Partei Chinas sandte Glückwünsche an die Südwestafrikanische Volksorganisation SWAPO. Im Verlaufe des Unabhängigkeitskampfes der SWAPO sei es zu einer "tiefen und militanten Freundschaft" zwischen SWAPO und der Kommunistischen Partei Chinas gekommen. An den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten nahm Vizepremier Wu Xueqian als Sonderbotschafter der chinesischen Regierung teil. Er nutzte die Gelegenheit, zugleich Einladungen zu Besuchen Gabuns und Nigerias nachzukommen. (XNA, 16. und 21.3.90) -ma-

* (10) 30. Jahrestag der Chinesisch-Lateinamerikanischen Freundschaftsgesellschaft

Mitte März 1990 feierte die Chinesisch-Lateinamerikanische Freundschaftsgesellschaft (CLAFa) in Beijing ihren 30. Gründungstag. Anlässlich der

Feierlichkeiten waren geradezu lyrische Töne zu hören. So hieß es u.a., daß "der Baum der Freundschaft, den das chinesische und die lateinamerikanischen Völker gepflanzt haben, gesund weiterwachsen werde". Von chinesischer Seite nahm als ranghöchster Vertreter Vizepremier Wu Xueqian an den Feierlichkeiten teil. Z.Zt. unterhalten 18 lateinamerikanische Länder diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China, und insgesamt gibt es mehr als 30 chinesisch-lateinamerikanische Freundschaftsgesellschaften. Dennoch konnte die geringe Substanz der chinesisch-lateinamerikanischen Beziehungen nicht völlig überdeckt werden. An Gemeinsamkeiten fand sich nur die Tatsache, daß China und die lateinamerikanischen Länder "als Länder der Dritten Welt viele gemeinsame Ansichten zu internationalen Angelegenheiten haben". (XNA, 17.3.90) -ma-

* (11) Bessere Beziehungen zu Chile?

Anlässlich eines Chilebesuchs des Ministers für Raumfahrtindustrie, Lin Zongtang, drückte Chiles neugewählter Präsident Aylwin den Wunsch nach verstärkten chinesisch-chilenischen Beziehungen aus. Die bilateralen Beziehungen seien zwar während der letzten Jahre verbessert worden, aber "die beiderseitige Zusammenarbeit kann auf weiten Gebieten in der Zukunft verstärkt werden". Aylwin hatte China bereits 1987 als Führer der Christlich-Demokratischen Partei Chiles besucht. Weitere Gespräche führte Lin mit den neuen Ministern des Inneren und der Wirtschaft sowie mit dem Kommandierenden General der chilenischen Luftwaffe Matthei. (XNA, 15.3.90) -ma-

* (12) Japan deportiert chinesische Bürger

Ende März wurde auf Veranlassung der japanischen Behörden eine zweite Großgruppe von 492 chinesischen Staatsbürgern aus Japan deportiert. Diese sog. "chinesischen Boat-people" hatten sich als vietnamesische Flüchtlinge ausgegeben. Sie stammten zu meist jedoch aus der Provinz Fujian. Bereits Ende Dezember 1989 war eine Gruppe von 301 chinesischen Staatsbürgern nach China zurückgeschickt worden. Insgesamt halten sich noch weitere rd. 1.200 Personen in Japan

auf, die "des illegalen Eintritts nach Japan aus China verdächtig" werden. Nach Angaben des Außenministeriums werden die Rückkehrer in China nicht bestraft, sondern nur "belehrt". Die chinesischen Behörden seien der Überzeugung, daß "die Dorfbewohner, die ihr Land auf diese Weise verlassen haben, durch Schlepper, die ihnen ihr Geld abnahmen und ihnen ein besseres Leben in Japan versprochen, betrogen worden sind". Die chinesische Botschaft in Tokyo war nicht bereit, zu der Frage, "was diesen Menschen geschehen wird, wenn sie nach China zurückkommen", einen Kommentar abzugeben. (SWB, 26.3.90) -ma-

* (13) Zusammenarbeit mit südkoreanischen Organisationen

Die staatliche chinesische Kommission für Wissenschaft und Technologie hat Ende März 1989 ihre Bereitschaft erklärt, im Rahmen der UN ESCAP mit dem Wissenschafts- und Technologieministerium der Republik Korea verstärkt zusammenzuarbeiten. Zu diesbezüglichen Verhandlungen hatte sich eine fünfköpfige chinesische Delegation vom 12. bis 25. März in Seoul aufgehalten. Im Juli 1990 wird eine koreanische Delegation Beijing besuchen. Zugleich wird Südkorea eine Gruppe von 20 Wissenschaftlern im September oder Oktober nach Beijing schicken, während 10 chinesische Fachleute im Rahmen eines Regierungsprogramms für Technologietransfer ausgebildet werden sollen. (SWB, 29.3.90) -ma-

* (14) Jiang Zemin in Nordkorea

Mitte März 1990 hielt sich der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Jiang Zemin, auf Einladung des nordkoreanischen Parteiführers Kim Il-sung zu einem dreitägigen Besuch in der Demokratischen Volksrepublik Korea auf. Es handelte sich um den Gegenbesuch zu Kim Il-sungs Chinaaufenthalt im November 1989. Offiziell verliefen die Gespräche zwischen beiden Parteichefs in "herzlicher und freudlicher Atmosphäre". Beide Seiten informierten sich gegenseitig über "die Situation ihrer eigenen Länder und tauschten Ansichten über die Lage auf der koreanischen Halbinsel, bilaterale Beziehungen und Angelegenheiten gemeinsamen Interesses aus". In der Tat scheinen sich aufgrund der Ent-

wicklungen in Osteuropa und in der Sowjetunion die Befürchtungen über Auflösungserscheinungen in den eigenen Machtbereichen verstärkt zu haben. Beide Seiten betonten daher die Notwendigkeit, nicht vom Wege des Sozialismus abzuweichen. Die Leistungen der koreanischen Arbeiterpartei unter Führung Kim Ilungs werden in diesem Zusammenhang von chinesischer Seite offensichtlich wieder besser bewertet, als das in der Vergangenheit der Fall war. Es verwundert nicht, wenn "das chinesische Volk offen hofft, daß das koreanische Volk noch größere Erfolge beim sozialistischen Aufbau erzielen wird". Dennoch erscheint bemerkenswert, daß in den chinesischen Kommentaren zu Jiang Zemin's Besuch offen keine kritischen Bemerkungen gegenüber Südkorea und seiner Regierung zu finden sind. (SWB, 16. und 19.3.90) -ma-

*(15)

Thailands Außenminister in Beijing

Anlässlich des Besuchs des thailändischen Außenministers Siddhi Savetsila in Beijing Ende März wurde von chinesischer Seite betont, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter vertieft werden sollten. Seit vor 15 Jahren die gegenseitige diplomatische Anerkennung erfolgte, habe sich das bilaterale Verhältnis gut entwickelt. Laut Ministerpräsident Li Peng sei es sogar zu einer Art "Modell für die Beziehungen zwischen Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen" geworden. Trotz der großen Veränderungen in Ost- und Südostasien während der letzten zwei Jahrzehnte "haben sich die Beziehungen der Zusammenarbeit zwischen China und Thailand einer dauerhaften Konsolidierung und Vertiefung erfreut". (XNA, 10. und 28.3.90) -ma-

Innenpolitik

*(16)

3. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses

Die 3. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses schloß am 4. April mit einer Resolution, die, wie nicht anders zu erwarten, den Bericht zur Arbeit der Regierung durch Ministerpräsident Li Peng als Ausdruck großen Erfolges

wertete. Kritische Töne, die bei früheren Sitzungen des Kongresses für eine begrenzte Meinungsvielfalt gesorgt hatten, wurden durch eine neue "Einheitlichkeit" abgelöst. Wie in alten Zeiten wurden "große geschichtliche Siege bei der Konsolidierung und Ausdehnung der sozialistischen Position in China" verkündet. Zwar sei China "letztes Jahr durch schwere Prüfungen gegangen", aber man habe "die zahlreichen Schwierigkeiten überwunden" und ein Klima der Stabilität geschaffen, in dessen Rahmen die "Verwirklichung der strategischen Ziele des sozialistischen Modernisierungsprogramms" in Angriff genommen werden können. Die neue "politische und gesellschaftliche Stabilität" bilde die Basis für ein stetiges wirtschaftliches Wachstum und die Entwicklung der Volkswirtschaft. Der "wirtschaftliche Aufbau als Hauptaufgabe" könne nur durch das "Festhalten an den vier Grundprinzipien" gesichert werden. "Alle Anstrengungen müssen unternommen werden, um die sozialistische Demokratie und das Gesetzssystem weiter zu verbessern, die demokratischen Rechte der Bürger zu gewährleisten, die öffentliche Sicherheit, nationale Einheit und Erziehung zum Patriotismus, Kollektivismus, Sozialismus und zur nationalen Verteidigung zu stärken sowie die ideologische und politische Arbeit, den Aufbau der sozialistischen Kultur und Ideologie, den Kampf gegen bürgerliche Liberalisierung zu vertiefen, um die politische Situation der Stabilität und Einheit zu konsolidieren und zu entwickeln."

Die Resolution geht ferner davon aus, daß "1990 ein Jahr von entscheidender Bedeutung für die Berichtigung der Wirtschaft und die Vertiefung der Reform" sei. Zu diesem Zweck werden der Staatsrat und die örtlichen Regierungsorgane aufgefordert, der landwirtschaftlichen Entwicklung verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen und "die Bemühungen fortzusetzen, das Ausmaß der Investitionen in das Anlagevermögen unter Kontrolle zu halten, das übermäßige Wachstum der Verbrauchsfonds in den Griff zu bekommen und sicherzustellen, daß Preissteigerungen niedriger ausfallen als im Vorjahr." Ferner müsse "der Umbau des wirtschaftlichen und politischen Systems weiter vorangebracht werden und das sozialistische System weiter ausgestaltet werden. Die Initiative und Kreativität des Volkes muß voll ins Spiel gebracht werden, um die Volks-

wirtschaft auf den Weg der dauerhaften, stabilen und koordinierten Entwicklung zu bringen."

Neben den Fragen der Wirtschaft beschäftigte die Resolution sich auch mit Problemen des Gesetzeswesens. Vor allem gehe es um die "Eliminierung der Korruption, die vom Volke zutiefst gehaßt" werde. Es sei "notwendig, Gesetze, Bestimmungen und Verfahren einzuführen und zu verbessern, die dem Kampf gegen die Korruption dienen und zum Aufbau einer sauberen und ehrlichen Regierung führen und den Mechanismus der Überwachung vervollständigen".

Auch für den Bereich der Außenpolitik wiederholte die Resolution seit langem bekannte Wortrituale. So wird u.a. versichert, daß "China in der gegenwärtigen internationalen Situation seine Außenpolitik der Unabhängigkeit und des Friedens aufrechterhält, daß es sich resolut dem Hegemonismus widersetzt, den Weltfrieden sichert, friedliche Beziehungen mit allen Ländern auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufrechterhält und entwickelt, daß es die Einheit und Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt stärkt, daß es angemessene Anstrengungen unternimmt, um für eine neue politische und wirtschaftliche Weltordnung zu kämpfen und Frieden und Entwicklung in der Welt zu fördern".

Während des Tagungsverlaufs wurden mehrere neue Gesetzesentwürfe diskutiert. Von besonderer Bedeutung war dabei der Gesetzesentwurf zum "Grundgesetz der Sonderverwaltungszone Hongkong". Von seiten des Präsidiums des Volkskongresses wurde dazu die Überzeugung geäußert, daß "das Gesetz ein sehr bedeutendes Gesetz in China und ein schöpferisches Meisterstück von geschichtlicher und internationaler Bedeutung" sei. Die "Bestimmungen des Grundgesetzes der Sonderverwaltungszone Hongkong sind realistisch und durchführbar". Dies gelte vor allem für die vorgesehenen "Verfahren zur Bildung der ersten Regierung und des ersten Legislativrates der Sonderverwaltungszone Hongkong". (XNA, 2. und 4.4.90) -ma-

*(17)

Interview mit Hu Qili

Während der 3. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses wurde das frühere Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der Kommunisti-